

Nur wenig Kinderarbeit

Eine Untersuchung der amerikanischen Arbeitsbehörde ergab, dass Kinderarbeit in Kambodscha im Moment kein großes Problem darstellt. Die Untersuchungen wurden vor allem in der Textilindustrie durchgeführt, nach dem es in den letzten Monaten dort zu Streiks und kontroversen Meldungen über die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in der internationalen Presse gekommen war. Andrew Samet, Sprecher der Behörde, gab zwar zu, dass es wohl auch immer wieder zu Fällen von Kinderarbeit kommen könne, aber dass es bis jetzt keine klaren Anzeichen für eine im großen Stil angelegte Ausbeutung von Kindern durch die Textilindustrie gäbe.

Die Streiks der letzten Monate zeigten auf Seite der vorwiegend amerikanischen Auftraggeber auch schon erste Konsequenzen. Der Sportartikelhersteller NIKE kündigte im Oktober 2000 einen Vertrag mit einem seiner Produzenten, weil unabhängige Gutachter dort Kinder bei der Arbeit gesichtet hatten, die teilweise unter zwölf Jahre alt waren. Der Fall war durch einen BBC-Fernsehreport aufgedeckt worden. Im Monat zuvor hatte NIKE bereits eine seiner Produktionsstätten schließen lassen, weil die Arbeiter dort exzessiv Überstunden leisten mussten, aber dafür teilweise nicht entlohnt wurden.

Samet hielt sich allerdings nur einen Tag in Phnom Penh auf, um zu erkunden, inwieweit die Textilindustrie die amerikanischen Standards einhält. Er bemängelte weiterhin, dass es Bereiche gäbe, die immer noch kritisch wären, so zum Beispiel der Zwang zu Überstunden und deren schlechte Bezahlung. In Bezug auf die allgemeinen Arbeitsbedingungen und das Recht auf eine Gewerkschaftsvertretung merkte Samet an, dass in diesen Bereichen bis jetzt kaum Fortschritte vorzuweisen wären.

vgl. rtr, 24.10.2000

Außenpolitischer Einfluss und KR-Tribunal

Auch auf die weitere Planung des nun schon lange vorbereiteten Tribunals gegen die ehemaligen Khmer-Rouge-Führer hatte der Besuch des chinesischen Premiers Auswirkungen. Jiang Zemin ließ durch seinen Sprecher des Außenministeriums Zhu Bangzao mitteilen, dass China jede Mitverantwortung für die *killing fields* ablehne und die Verbindungen zu Kambodscha in dieser Zeit nur dazu gedient hätten, König Sihanouk und die Unabhängigkeit des Landes zu unterstützen. Außerdem wurde bekannt gegeben, dass China sich niemals in die innenpolitischen Angelegenheiten Kambodschas eingemischt hätte. Stärkstes Argument der chinesischen Besucher war, dass Kambodscha während der Regierungszeit von Pol Pot auch eine Vertretung bei der UNO gehabt hätte und daher faktisch als souveränes Land auch international anerkannt gewesen sei.

Gerade in einer Phase, in der die USA und die UNO darauf drängen, das Tribunal nach

den zähen Verhandlungen schnell anzugehen, trugen diese Aussagen wieder dazu bei, die Verzögerungstaktik des kambodschanischen Premiers Hun Sen zu unterstützen. China ist zur Zeit einer der größten Investoren in Kambodscha und verfügt über einen stetig wachsenden Einfluss im Land. Entsprechend pragmatische Töne waren aus dem Beraterkreis von Hun Sen zu hören. Om Yienteng führte anschaulich aus, was die kambodschanische Regierung vom Verhältnis zwischen Moral und ökonomischer Prosperität hält: »Wenn unser Land reich wäre, könnten wir vielleicht um eine Entschuldigung Chinas bitten, aber nicht jetzt. Es ist momentan einfach nicht möglich, China zu provozieren«. Jiang Zemin führte vor allem wirtschaftspolitische Verhandlungen. Insgesamt wurden sechs Kooperationsverträge ratifiziert, einer davon im Umfang von mehr als zwölf Millionen Dollar.

Der Gesetzesentwurf, der nun schon seit Monaten in der

UN-Flüchtlingskommission aufgelöst

Als weiteres Zeichen der Normalisierung in Kambodscha wertete Vizepremier Sar Kheng die Auflösung mehrerer Niederlassungen der UN-Flüchtlingskommission. In Samlot, einer ehemaligen Hochburg der Khmer-Rouge im Norden des Landes, wurde Ende Oktober die Verantwortung für die letzten 46.000 Flüchtlinge der kambodschanischen Regierung übertragen. Diese waren 1997 nach Thailand geflüchtet, nachdem es in der nördlichen Provinz Battambang zu militärischen Auseinandersetzungen gekommen war. Doch die Probleme, vor denen die Regierung steht, sind immens. Viele Anwohner in der Gegend um Samlot fürchten sich vor den Rückkehrern, da es ohnehin kaum Arbeit gibt und die Preise für das knapp werdende Land in die Höhe schießen könnten.

Aber das UN-Flüchtlingshilfswerk kann auf seine Arbeit stolz zurückblicken, bemerkte Bernie Doyle, UNHCR-Chef in Kambodscha. Mehr als eine Millionen Flüchtlinge wurden von der UNO betreut, nachdem die Khmer-Rouge 1975 die Macht in Kambodscha übernommen hatte. Vor allem nach 1978 gab es große Fluchtwellen, weil das Land im Terror versank und die Kollektivierungspolitik durch Pol Pots »Steinzeitkommunismus« Hungersnöte verursachte. 500.000 der Flüchtlinge fanden in westlichen Ländern Aufnahme und die gleiche Anzahl siedelte sich zwischen 1992 und 93 wieder in Kambodscha an. Obwohl alle Außenposten des Flüchtlingshilfswerks bis Ende des Jahres geschlossen werden, soll ein Büro in Phnom Penh weiterhin geöffnet bleiben.

vgl. AP, 23.10.2000

nachrichten

Nationalversammlung zur Diskussion vorliegt und als letzter entscheidender Schritt bei der Vorbereitung des Tribunals gesehen wird, soll nach Auskünften des kambodschanischen Premiers bis spätestens Ende Dezember 2000 verabschiedet werden. Positiv zu bewerten ist auch der für den 18. November angekündigte Besuch des US-Senators John Kerry, der maßgeblich an dem Zustandekommen des jetzt in der Nationalversammlung liegenden Dokuments beteiligt war. Er könnte wieder frischen Schwung in die lahmgelegte Diskussion bringen.

vgl. AP, 10.11.2000; rtr, 14.11.2000

Tag der Unabhängigkeit

Das 47. Jubiläum der kambodschanischen Unabhängigkeit wurde mit sechs offiziellen Urlaubstagen zelebriert. König Norodom Sihanouk gab keine offiziellen Stellungnahmen ab, entließ aber als Zeichen des Friedens eine Schar Tauben in die Freiheit. Sämtliche Festivitäten fanden am Monument der Unabhängigkeit in Phnom Penh statt, wo sich mehrere tausend Zuschauer für das Ritual einfanden.

Der inzwischen 79-jährige Sihanouk hatte einen maßgeblichen Anteil an der 1953 durchgesetzten Unabhängigkeit. Am 9. November 1953 wurde Kambodscha wieder zu einem unabhängigen Staat, nachdem es vorher jahrzehntelang unter französischer Verwaltung gestanden hatte und Teil des Protektorats Indochina war.

vgl. AP, 9.11.2000

nachrichten

Hilfen nach der Flutkatastrophe

Die Hilfeappelle des Internationalen Roten Kreuzes und anderer Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen haben bis jetzt nur beschränkt Widerhall gefunden. Aus Europa kamen mehrere Millionen Dollar, wobei allerdings auch eine Direkthilfe von 10 Mio. US\$ zugesagt wurde. Der größte Anteil wurde jedoch von der *Asian Development Bank* gezahlt, die mit mehr als 50 Mio. US\$ fast die Hälfte der geschätzten Schäden abdecken kann. In der 34-jährigen Geschichte der ADB war dies eine der schnellsten Geldtransaktionen.

Ouk Damry, Vorsitzender des kambodschanischen Roten Kreuzes, bemerkte, dass diese zwar große Summe die Schäden jedoch nur teilweise kompensieren könne. Die Regierung könne vielleicht auch andere Geber wie die Weltbank dazu animieren, weitere Kredite zu gewähren.

vgl. rtr, 17.11.2000

Die Ausmaße der seit Jahrzehnten stärksten Überschwemmungen in Kambodscha kommen erst langsam zu Tage. Das mehrere Monate andauernde Hochwasser des Mekongs hat nach offiziellen Angaben mehr als 340 Menschen in Kambodscha das Leben gekostet. Insgesamt waren oder sind immer noch drei Millionen der 13 Millionen Einwohner direkt von der Katastrophe betroffen. In gewissem Sinne sind die jährlichen Überschwemmungen am Mekong als normal zu bezeichnen, doch waren die Fluten in diesem Jahr außergewöhnlich hoch.

Britischer Lehrer festgenommen

Jon Keeler, Direktor der *London School of English* in Phnom Penh, ist wegen der Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie festgenommen worden. Keeler hat die Anschuldigungen für richtig erklärt und danach direkt ein Gnadengesuch eingereicht. Wenn er im jetzt anstehenden Prozess überführt wird, drohen ihm zehn bis zwanzig Jahre Haft, die nach Auskunft der Richter eventuell auch in England verbüßt werden könnten.

Die kambodschanische Regierung will aus dieser Maßnahme wohl auch einen Präzedenzfall machen, da es seit längerem Vorwürfe von diversen NGOs gibt, die beinhalten, dass die Regierung unter Premier Hun Sen das Problem nicht ernsthaft aufgreift. Die Organisation *World Vision International* hat in den letzten Jahren mehrmals darauf hingewiesen, dass die Kinderprostitution in Kambodscha stark zunimmt und bis jetzt klare gesetzliche Regelungen fehlen. Diesen Anschuldigungen zu Folge sollen auch mehrere Reiseveranstalter und hochrangige Regierungsbeamte in das Geschäft verwickelt sein.

vgl. BBC-Worldservice, 20.11.2000

Besuch Jiang Zemins führt zu Kontroversen

Der zweitägige Besuch des chinesischen Staatsoberhauptes Jiang Zemin in Kambodscha hat zu internen Auseinandersetzungen geführt. Jiang, der mit seiner Delegation das starke Interesse Chinas an Kambodscha bekräftigte, führte mit dem kambodschanischen Premier Hun Sen Gespräche über eine weitere wirtschaftliche Kooperation und besuchte anschließend mit König Sihanouk die Tempelanlagen von Angkor Wat. Dabei lobte er das Engagement des Königs für den Frieden, gab aber ansonsten wenig von sich. Als außergewöhnlich wurde auch bewertet, dass Jiang und seine Frau im Königspalast untergebracht wurden. Eine Ehre, die König Sihanouk bislang nur wenigen Staatsgästen zukommen ließ.

Doch die Opposition im Land hatte auch ein klares Wort Jiang Zemins zu prekären Themen erwartet. Verschiedene Studentengruppen und Oppositionsführer Sam Rainsy kritisierten, dass die Rolle Chinas als einer der engsten Kooperationspartner des ultramaoistischen Pol Pot Regimes während der verheerenden Jahre der Khmer Rouge-Herrschaft von 1975-79 unerwähnt blieb. China hatte während dieser Zeit auch mehr als 700 »Berater« nach Kambodscha entsandt und lieferte

Waffen und andere Güter an das Land.

Die Democracy Front of Khmer Students und verschiedene Intellektuelle im Land hatten eigentlich eine öffentliche Entschuldigung Jiang Zemins erwartet, die dann aber ausblieb. Sok Sokunmeale, Vizevorsitzende des Studentenverbandes, zeigte sich enttäuscht über das Schweigen Jangs: »Wir sind sehr betrübt, dass China sich nicht bei den kambodschanischen Opfern entschuldigt hat. Wir können die Erklärung, dass China in keiner Weise verantwortlich war, so nicht anerkennen. Aber wenn es sein muss, werden wir auch noch 100 Jahre auf diese Entschuldigung warten«.

Oppositionsführer Sam Rainsy attackierte die Regierung auch für ihre repressiven Methoden. Einer seiner Parteigenossen wurde ihn der Nähe von Angkor Wat festgenommen, weil er dort eine Demonstration vorbereitet hatte. Diese war vorher in Phnom Penh angemeldet worden, woraufhin die zuständige Behörde aber keine klare Zusage erteilte. Insgesamt wurden über 6000 Polizisten für den Besuch von Jiang eingesetzt.

vgl. AFP, 14.11.2000; rtr, 13.11.2000; AP, 10.11.2000

Hochwasser

Die Mekong River Commission gab bekannt, dass im Falle von Überschwemmungen Kambodscha und Vietnam stets am heftigsten betroffen wären, da sie am Delta des Flusses liegen.

Auch die Folgen für die Landwirtschaft sind immens: 1,3 Mio. ha Reisanbaufläche wurden zerstört. Folge ist unter anderem, dass in den am stärksten betroffenen Gebieten die Nahrungsmittelvorräte knapp werden. Die vernichtete Reisernte wirkt sich jedoch auch auf die kommenden Jahre aus, da kaum neues Saatgut vorhanden ist. Eine kambodschanische Bauernregel, die

besagt, dass ein Jahr Ernteausfall drei Jahre Armut bedeutet, wird sich wohl bewahrheiten. Außerdem droht die Ausbreitung von Krankheiten wie Typhus und Cholera. Auch die letzte Geldquelle der sowieso schon verarmten Bauern — Rinder und andere Tiere — sind bedroht, da schon die ersten Fälle von Maul- und Klauenseuche gemeldet wurden.

Die kambodschanische Regierung schätzt, dass sich die Gesamtschäden auf mindestens 100 Millionen Dollar belaufen. Allerdings wird sich die Schadenssumme sehr wahrscheinlich noch erhöhen,

da das Hochwasser auch im Oktober noch einige Regionen stark in Mitleidenschaft zog.

Verschiedene Berater der Asian Development Bank (ADB) gaben bekannt, dass die Fluten sehr wahrscheinlich direkte Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum im Land haben werden und korrigierten die Prognose des ökonomischen Wachstums von fünf auf vier Prozent nach unten. Auch im nächsten Jahr werde die Naturkatastrophe das Wachstum negativ beeinflussen, sagte Urooj Malik, der ADB-Vertreter in Kambodscha.

vgl. AP, 26.9.2000; rtr, 31.10.2000